

Steuerkonkurrenz, Steueroasen und Entwicklung

von Sven Giegold

Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländer¹ sind in besonderer Weise vom internationalen Steuerwettbewerb betroffen. Einerseits konkurrieren sie um international mobile Investitionen von multinationalen Unternehmen und nutzen dabei auch steuerliche Anreize. Andererseits leiden sie unter Kapitalabfluss zu steuerfreien Finanzplätzen - durchgeführt von ihren eigenen Eliten. Sie sind dieser Form von Steuervermeidung und Steuerflucht noch hilfloser ausgesetzt als die Industrieländer, da häufig keine gut funktionierende Steuerwaltung besteht. Zudem werden die Interessen von Entwicklungsländern bei den bisherigen internationalen Maßnahmen gegen Steuerflucht kaum berücksichtigt. In diesem Artikel werden zunächst verschiedene Formen und Folgen des internationalen Steuerwettbewerbs für Entwicklungsländer dargestellt. Im Anschluss werden die bisherigen multilateralen Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steuervermeidung zusammengefasst. Schließlich werden Perspektiven für die weiteren Aktivitäten gegen die Auswirkungen der Steuerflucht und des üblen Steuerwettbewerbs insbesondere auf Entwicklungsländer diskutiert.

Steuervermeidung durch multinationale Unternehmen

Wo immer ein multinationaler Konzern investiert, wird er Verhandlungen über die zu zahlenden Steuern führen. Lange »Steuerferien«, z.B. für zehn Jahre, sind häufig. Die meisten Unternehmen siedeln sich in den mehr als 3000 Sonderwirtschaftszonen (ICFTU 2003) an, in denen eine Gewinnbesteuerung häufig nicht stattfindet (siehe Kasten 1). Die Unternehmen greifen also auf die Infrastruktur und Arbeitskräfte der Entwicklungsländer zurück, ohne sich an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben zu beteiligen. Selbst wenn eine Besteuerung formal vorgesehen ist, nutzen multinationale Unternehmen die Möglichkeiten zur buchhalterischen Verlagerung von Gewinnen in Ländern mit noch niedrigeren oder keinen

¹ Selbstverständlich sind die Lebensverhältnisse und auch die ökonomischen und politischen Institutionen in Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern sehr verschieden. Im Interesse der Lesbarkeit des Texts werde ich jedoch in der Folge immer nur von „Entwicklungsländern“ sprechen. An Stellen, an denen ich auf Unterschiede hinweise, werde ich die verschiedenen Begriffe wieder aufgreifen.

Steuern. Diese Aktivitäten befinden sich häufig am Rande der Legalität. Gut dokumentiert ist das Beispiel der Schweizer Volcafé (Erklärung von Bern 2004). Diese Gesellschaft mit einem 13prozentigen Anteil am Weltcafémarkt verschiebt systematisch Gewinne in Milliardenhöhe aus Entwicklungsländern wie Nicaragua und Mexiko in die Steueroase Jersey. Wie im Rahmen einer Studie für das UN Research Institute for Social Development (2003) belegt wurde, verlagert auch der internationale Bergbaukonzern BHP Billiton Milliarden Gewinne aus dem chilenischen Kupferbergbau in Steueroasen - zum Schaden des chilenischen Fiskus. Solche Studien sind jedoch selten, weil diese Transaktionen durch das Betriebs- und Steuergeheimnis geschützt werden und damit nur schwer nachvollziehbar sind. Nicht einmal für die größten Unternehmen existiert eine Pflicht die gezahlten Steuern nach Ländern und Kommunen aufzuschlüsseln.

Die Schweizer Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke (2002) vermutet, dass Steuerkonkurrenz zwischen den Ländern des Südens viel stärker ausgeprägt ist als zwischen den Industrieländern, weil sie im Bereich der Industrie außer billigen Arbeitskräften wenig zu bieten haben. Darauf deutet auch eine Studie zu ruinösem Steuerwettbewerb in der Textilindustrie Nicaraguas hin (Departamento del Tesoro de los Estados Unidos de America 2004).

Es sind jedoch nicht nur fehlende Steuereinnahmen, die Entwicklungsländer bei der Anwerbung von ausländischen Direktinvestitionen zu beklagen haben. Häufig erhalten multinationale Unternehmen zusätzlich direkte und indirekte Subventionen wie kostenlose Infrastruktureinrichtungen sowie Grundstücke. Die Mitnahmeeffekte sind hoch. D.h. viele Unternehmen hätten auch ohne die (Steuer-)Subventionen investiert, nehmen aber das staatliche Geld gerne mit (siehe Kasten 3). Dieses »Corporate Welfare« multinationaler Unternehmen durch steuerliche Begünstigungen und Subventionen sind für die Entwicklungsschwellen- und Transformationsländer keineswegs eine effiziente Form der Förderung von Entwicklung. Verschiedene Studien zeigen, dass Steuern und Subventionen nicht die wichtigsten Standortfaktoren sind (z.B. McKinsey 2003). Daher würden höhere steuerliche Belastungen in Entwicklungsländern die Investitionsdynamik kaum beeinträchtigen. Allerdings wird es nur wenigen, besonders attraktiven Ländern gelingen, im Alleingang aus dem teuren und ineffizienten „Corporate Welfare“ auszusteigen, weil sie im Rahmen der Standortkonkurrenz gegeneinander ausgespielt werden.

Steuerflucht durch vermögende Privatpersonen

Neben der Konkurrenz um Investitionen multinationaler Unternehmen sind Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländer mit Kapitalflucht der eigenen Eliten in andere Finanzzentren konfrontiert. Vermögende verlagern ihr Kapital in Steueroasen wie die Schweiz und die Kaiman-Inseln oder in scheinbar gut regulierte Finanzzentren wie London, New York, Frankfurt und Tokio. Letztere besteuern Kapitaleinkünfte von steuerlichen Ausländern in der Regel genauso wenig, wie die klassischen Steueroasen. Außerdem weigern sich Steueroasen, aber auch etwa die USA, mit Hinweis auf das Bankgeheimnis, mit den Steuerbehörden des Auslandes zu kooperieren, um die Einnahmen aus verlagerten Geldern zu besteuern.

Steuersenkungswettlauf: zum Nachteil von Industrie- wie Entwicklungsländern

In beiden Bereichen – Besteuerung multinationaler Unternehmen und privater Kapitaleinkommen – kommt es zu einem Steuersenkungswettlauf. Für die Steuersätze der OECD-Länder ist dieser Wettlauf gut dokumentiert. In den letzten Jahren sank zudem auch das absolute Aufkommen von Steuern und Abgaben in den OECD-Ländern. Dagegen fehlen entsprechende Untersuchungen für Entwicklungsländer. Eine große Zahl von Einzelfällen deutet jedoch in die gleiche Richtung eines intensiven Abwärtsrennens bei der Steuerbelastung von Kapitaleinkommen.

FinanzwissenschaftlerInnen argumentieren, dass niedrige Steuersätze ökonomisch effizienter sind als hohe Steuersätze und der internationale Steuerwettbewerb genau zu dieser Senkung von Steuersätzen beiträgt. Dabei wird jedoch zweierlei übersehen. Zum einen sind gespreizte Steuersätze die Voraussetzung für eine anspruchsvolle Umverteilung über das Steuersystem. Umverteilungs- und Effizienzziel stehen also in einem Spannungsverhältnis. Es ist eine demokratische Entscheidung der WählerInnen, wie sie sich zwischen diesen Zielen entscheiden. Genau diese Entscheidungsfreiheit nimmt ihnen aber der internationale Steuerwettbewerb. Zum anderen setzt wirtschaftliche Effizienz eine ausreichende Versorgung mit öffentlichen Gütern voraus. Zu den reichsten Ländern der Welt zählen nicht ohne Grund Staaten, die hohe Steuern erheben und diese für Bildungs-, Sozial-, Forschungs- und Infrastrukturmaßnahmen verwenden. Mittelfristig bedroht der internationale Steuerwettbewerb diese Investitionen in öffentliche Güter, weil die Legitimität des

Steuersystems untergraben wird. Nur ein Steuersystem in dem gerade BezieherInnen von arbeitsfreien Vermögenseinkommen zur Kasse gebeten werden, kann letztlich Legitimität beanspruchen.

Andere Fans des Steuersenkungswettlaufs behaupten, niedrige Steuersätze gerade auf Kapital würden die Steuereinnahmen erhöhen, weil die Bereitschaft zur ehrlichen Steuerzahlung steige, weil Kapital aus dem Ausland wieder ins Inland transferiert werde und weil der Anreiz weitere Einkommen zu erzielen stiege. Leider geht diese schöne Rechnung in der Praxis oft nicht auf. So brachte die rot-grüne Steuerreform 2000 statt erwarteter Selbstfinanzierungseffekte riesige Steuerausfälle. Hinzu kommt, dass ein großer Teil der wundersamen Selbstfinanzierungswirkungen verpufft, wenn im Rahmen des laufenden Steuersenkungswettlaufs auch das Ausland nachzieht. Genau in dieser Spirale befinden sich Entwicklungs- wie Industrieländer. Letztlich verlieren dabei alle.

Korruption und Steuervollzug im Interesse der KapitalbesitzerInnen

Steueroasen und das Bankgeheimnis begünstigen außerdem in verschiedener Weise die Korruption, die vielen Entwicklungsländern besonders zu schaffen macht. Steueroasen bieten korrupten Regierungen und Beamten sichere Häfen für ihre fragwürdigen Einkünfte. Gelder aus Bestechung und systematischem Missbrauch staatlicher Macht etwa durch Diktatoren können so ins Ausland geschafft werden. Auch nach einem Regierungswechsel kann das geraubte Vermögen nur schwer zurückgeholt werden. Denn der Weg des Geldes ist oft nicht mehr nachzuvollziehen. Konzerne nutzen aber auch die Steueroasen zur Verwaltung ihrer schwarzen Kassen, mit denen sie u.a. Bestechungsgelder zahlen. Besonders gut dokumentiert wurde dies im Falle des französischen TotalFinaElf-Skandals, bei dem Milliardenbeträge im Rahmen des Ölgeschäfts in die Kassen undemokratischer Regime in Afrika flossen (Joly 2003). Insofern sind die vor allem von den Industrieländern zu verantwortenden Strukturen der internationalen Finanzmärkte mitverantwortlich für die - meist als internes Problem der Entwicklungsländer angesehene - Korruption.

Umgekehrt ist Steuerflucht und Steuervermeidung nicht nur auf die Existenz von Steueroasen und ausländischen Finanzplätzen zurück zu führen. Gut organisierte und entschlossene Steuerbehörden haben auch im Inland viele Möglichkeiten, um Steuerflucht ins Ausland auf die Schliche zu kommen. Allerdings gibt es sowohl in Industrie- als auch in

Entwicklungsländern Zweifel an dieser Entschlossenheit. Entwicklungsländer haben außerdem oft nur schwach ausgestattete Steuerbehörden. Der Verzicht auf die Verfolgung von Steuerflucht bildet regelmäßig ein Geflecht mit anderen Formen der Begünstigung der jeweiligen Eliten². So sieht der indische Ökonomieprofessor Arun Kumar die ausufernde Steuerflucht und internationale Steuervermeidung in Indien vor allem als ein Symptom korrupter, an den Interessen eines relativ kleinen Klientel orientierten politischen Elite an. Steuerflucht ist für ihn nur ein Baustein im Wachstum der informellen Ökonomie insgesamt (Kumar 2004).

Die Folgen für Entwicklungsländer

Leider ist es nicht möglich genauer abzuschätzen, wie groß die Steuerausfälle für Entwicklungsländer sind. Schuld daran ist unter anderem das Bankgeheimnis und die Intransparenz des internationalen Finanzsystems wirtschaftsliberaler Prägung. Im Jahre 2000 legte die internationale Entwicklungsorganisation Oxfam eine vielzitierte Studie vor: »Tax Havens – Releasing the hidden billions for poverty eradication«. Sie diskutiert die negativen Effekte von Steueroasen für Entwicklungsländer, macht Alternativvorschläge und schätzt auch die Steuerverluste. Laut Oxfam gehen Entwicklungsländern jährlich 50 Mrd. US-\$ verloren, davon 35 Mrd. US-\$ durch entgangene Gewinnsteuern von multinationalen Unternehmen, 15 Mrd. US-\$ durch entgangene Einkommenssteuern auf Kapitaleinkünfte vermögender Privatpersonen. Selbst wenn es sich laut Oxfam um eine sehr konservative Schätzung handelt, so ist auch diese Zahl mit einiger Vorsicht zu genießen. Erstens, sind viele der notwendigen Daten zur Abschätzung des Steuerverlusts in den Entwicklungsländern genauso wenig erhältlich wie in den Industrieländern. Zweitens, werden selbst die erhältlichen Daten nicht ausreichend aufbereitet. Ein gutes Beispiel ist nicht nur die Unzulänglichkeit der deutschen Steuerstatistik, die nicht einmal eine Unterscheidung zwischen Unternehmens- und Privateinkünften erlaubt, sondern auch das aktuelle Programm des IWF zur Erfassung von Finanzdaten der Steueroasen. Steuerlich relevante Daten, die gerade aus entwicklungsökonomischer Sicht interessant wären, werden nicht aufbereitet (IWF 2003). Erstaunlich, denn Daten über die Herkunft von in Steueroasen verwalteten Vermögen wären zur Bewahrung der Stabilität des internationalen Finanzsystems, dem Gründungsauftrag des IWF, nützliche Informationen. Drittens, sind gerade viele der ärmsten Entwicklungsländer

² Ein aktuelles Beispiel für ein solches Vorgehen ist der von Roland Koch in Hessen angeordnete Verzicht auf die strafrechtliche Verfolgung von überführten Steuerflüchtlingen in großem Stil.

kaum in der Lage, Einkommen von Privatpersonen und Unternehmen effektiv zu erfassen. Ihre öffentlichen Haushalte hängen stärker von Zöllen, Konsumsteuern und Entwicklungshilfe ab. Sie sind insofern nicht direkt von Steuerflucht und Steuervermeidung betroffen. Ganz anders sieht es dagegen in den Schwellen- und Transformationsländern aus³. Hier existieren in der Regel funktionierende Einkommens- und Körperschaftsteuersysteme mit relevanten Steuersätzen (Grafik 1). Unter dem Druck des Steuerwettbewerbs wird es ihnen schwer fallen, ein wirklich progressives Steuersystem aufzubauen⁴. Progressivität im Steuersystem ist jedoch eine wichtige Legitimationsbasis für Sozialstaatlichkeit und öffentliche Leistungen. Daher ist die internationale Auseinandersetzung um die Besteuerung von Konzernen und Vermögenden ein Hebel für die Frage, ob sich mittelfristig eher Sozialstaatlichkeit oder ein Kapitalismus angelsächsischer Prägung globalisieren wird.

Die nach der Oxfam-Schätzung fehlenden 50 Mrd. US-\$ entsprechen der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe der westlichen Welt. Zum Vergleich: 13 Mrd. US-\$ über 10 Jahre jährlich kostet es, Basisgesundheitsvorsorge und Ernährungssicherheit für alle Menschen weltweit zu finanzieren. Für 9 Mrd. US-\$ hätten alle Menschen sauberes Trinkwasser und für 6 Mrd. US-\$ eine Grundbildung (UNDP 1997, 112). Für die betroffenen Länder ist das Ausbleiben von Steuergeldern fatal, denn ohne ausreichende staatliche Investitionen in öffentliche Güter wie Bildung, Gesundheit, Infrastruktur usw. kann der Entwicklungsprozess nicht gelingen. Öffentliche Ausgaben und staatliche Regulierung sind ein zentrales Element aller erfolgreichen Entwicklungsländer gewesen, wie auch die jüngsten Beispiele in Südost-Asien zeigen.

Gleichzeitig leiden die öffentlichen Haushalte unter der Schuldenlast durch die hohe Auslandsverschuldung. Die Entwicklungsländer sind also zwischen Verschuldung und Einnahmeschwäche regelrecht in die Zange genommen. Schon seit langem wird von ihnen gefordert, sie sollten vor allem ihre eigenen Ressourcen zur Entwicklung mobilisieren. Nicht zuletzt Steueroasen und Steuerkonkurrenz hindern sie daran.

Diese Kapitalflucht trifft die betroffenen Entwicklungsländer doppelt. Zum einen wird durch den Kapitalabfluss die Zahlungsbilanz belastet. Diese Mobilität von Ersparnissen kann ein wichtiger Faktor im Laufe von Finanzkrisen sein, wie etwa 2001/2002 in Argentinien, als es

³ Bemerkenswert ist etwa die Arbeit der Brasilianischen Gewerkschaft der Steuerbeamten (UNAFISCO), die in zahlreichen Publikationen den Zusammenhang zwischen illegitimer Auslandsverschuldung, Steuersubventionen für Konzerne und der Steuerflucht der eigenen Eliten aufgezeigt haben (<http://www.unafisco.org.br>).

⁴ Dabei kommt es nicht nur auf die im Gesetz festgeschriebenen Steuersätze (etwa Grafik 1) an, sondern auf die von den jeweiligen Einkommensgruppen real gezahlten Steuern.

zu einem raschen Kapitalabfluss kam. Das Fehlen des Sparkapitals erhöht außerdem die Abhängigkeit von ausländischen KreditgeberInnen und InvestorInnen. Daher steht Kapitalflucht der heimischen Eliten in einem direkten Zusammenhang zur Schuldenkrise in den meisten Entwicklungsländern. Auch das heimische Bankensystem verliert mit den Ersparnissen eine wichtige Einnahmequelle, was letztlich die Versorgung der kleinen und mittleren Unternehmen mit Krediten behindert.

Zum anderen gehen den betroffenen Ländern Steuereinnahmen verloren, die dringend benötigt werden. Dabei sind die Vermögensverlagerungen häufig nur in zweiter Linie steuerlich motiviert. Wichtiger sind in den meisten Fällen vermutlich ein Misstrauen gegenüber der finanziellen und politischen Stabilität in den Entwicklungsländern. Das steuerliche Motiv kommt jedoch hinzu. Ursache und Wirkung sind also schwer zu trennen: Die Kapitalflucht verursacht Instabilität in den Entwicklungsländern und ökonomische Instabilität in den Ländern ist wiederum eine wichtige Ursache für die Kapitalflucht.

Die Steuervermeidungstechniken international verflochtener Unternehmen führen außerdem zu einem unfairen Wettbewerbsvorteil gegenüber lokalen Unternehmen. Letztere können naturgemäß keine Gewinne in fernen Steueroasen verbuchen und können daher Steuerforderungen schwerer ausweichen. Somit begünstigt die internationale Steuervermeidung die Dominanz multinationaler gegenüber lokalen Unternehmen.

Die Intransparenz des internationalen Finanzsystems, allen voran das strenge Bankgeheimnis in den Steueroasen, fördert die Korruption und eine verantwortungslose politische Elite. Sie ermöglicht oder erleichtert aber auch illegalen Waffenhandel und andere Formen internationalisierten Verbrechens, wie etwa Frauen- und Drogenhandel oder die Finanzierung des Terrorismus. Damit führen die gleichen Strukturen, die Steuerflucht und -vermeidung begünstigen, zu zentralen Hindernissen im Entwicklungsprozess.

Ein Teil der Oasen sind allerdings selbst Entwicklungsländer und profitieren so von der internationalen Steuerkonkurrenz– etwa die karibischen Steueroasen oder Mauritius. Allerdings handelt es sich dabei um Kleinststaaten oder -territorien. Selbst unter den relativ wenigen Menschen, die in den Oasenländern leben, kommen die Gewinne vor allem einer Minderheit zugute. Die Nachteile für Entwicklungsländer durch die internationale Steuerkonkurrenz überwiegen bei weitem die Vorteile für wenige Menschen .

Das Grundproblem aller Oasenländer ist, dass sie auf ein sehr unsicheres Pferd gesetzt haben. Je größer die Steuerflucht wird, desto stärker wird der Druck, die Schlupflöcher zu stopfen. Die Länder, die sich als Steuerfluchtplatz spezialisiert haben, werden dann feststellen, dass sie

auf keine zukunftsfähige Branche gesetzt haben. Der Finanzsektor existiert in ihrem Land nur, weil Geldwäsche und Steuerflucht international hingenommen werden. Ohne dieses Regulierungsdumping wären die Finanzplätze in praktisch allen Steueroasen nicht überlebensfähig. Gleichzeitig werden Investitionen in Sektoren vernachlässigt, die nachhaltig Einkommen sichern können. Für die Steueroasen-Länder kann die Strategie leicht zur Entwicklungsfalle werden, sobald dem Oasen-Spuk international ein Ende bereitet wird. Zu befürchten ist, dass diese Länder in einigen Jahren oder Jahrzehnten zu echten internationalen Sozialfällen werden.

Multilaterale Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung

Im Vergleich zu den Problemen sind die bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerwettbewerb völlig unzureichend. Zwar sind in vielen Nationalstaaten die Handlungsspielräume gegen Steuerflucht und Steuervermeidung noch nicht ausgeschöpft, offensichtlich ist jedoch, dass diese Probleme nur durch internationale Kooperation zu lösen sind. Leider sind die bisherigen Erfolge bescheiden.

Die konkretesten Ergebnisse wurden bisher im Rahmen der OECD-Initiative gegen schädliche Steuerpraktiken⁵ und der EU-Direktive zu Zinsen und Ersparnissen erzielt. Beide Maßnahmen haben gemeinsam, dass sie aus steuertechnischen Gründen ungeeignet sind, um Steuerflucht effektiv zu bekämpfen (Giegold 2004). Außerdem werden die Interessen von Entwicklungsländern in den beiden Prozessen kaum berücksichtigt. In beiden Institutionen sind Entwicklungsländer gar nicht vertreten bzw. in der OECD sind mit Mexiko und der Türkei nur zwei Schwellenländer mit von der Partie sowie vier Transformationsländer.

Im Rahmen der EU-Direktive werden die EU-Mitgliedsländer im Bereich von Zinseinkommen an Privatpersonen steuerliche Informationen austauschen oder eine Quellensteuer erheben. Diese Maßnahme gilt auch für eine Reihe von Steueroasen, darunter die Schweiz und die Kanalinseln. Sie greift jedoch nur für die Privatpersonen von EU-Mitgliedsländern und ist auch für diese leicht zu umgehen. Dagegen können die Finanzbehörden aus Entwicklungsländern nicht auf steuerliche Informationen hoffen. So wird Deutschland in Kürze steuerliche Information mit den anderen EU-Mitgliedsländern austauschen, jedoch wesentlich ärmeren Entwicklungsländern diese Daten vorenthalten. Die

⁵ Die OECD ist der Meinung, dass Steuerwettbewerb an sich eine gute Sache ist, lediglich bestimmte schädliche Praktiken sollten abgestellt werden. Jedoch auch der normale Steuerwettbewerb schränkt demokratische Freiheiten stark ein. Deshalb bevorzuge ich den Begriff „übler Steuerwettbewerb“.

Schweiz wird auf bestimmte Zinseinkommen eine zunächst 15prozentige Quellensteuer erheben, die innerhalb von sieben Jahren auf 35 Prozent ansteigt. Davon erhalten EU-Finanzämter jeweils 75 Prozent der Steuereinnahmen, die von ihren Staatsbürgern entrichtet werden. Entwicklungsländer werden auch hier leer ausgehen⁶. Sie erhalten also weder automatisch steuerliche Informationen noch Quellensteuerzahlungen.

Bei der OECD sieht es nicht viel besser aus. Im Rahmen der OECD-Initiative zu „schädlichen Steuerpraktiken“ haben die meisten Steueroasen versprochen auf Einzelanfragen hin, steuerliche Informationen mit den Finanzbehörden der OECD-Mitgliedsländer auszutauschen. Diese Zusage gilt grundsätzlich für Privatpersonen und Unternehmen sowie alle Steuerarten. Allerdings ist sie daran gebunden, dass auch OECD-Mitgliedsländer wie die Schweiz, Luxemburg oder die USA bereit sind, ihr steuerliches Bankgeheimnis zu lockern. Danach sieht es aber bislang nicht aus, weil die OECD bislang aus politischen Gründen üble Steuerpraktiken dieser Länder nicht erfasst hat.

Entwicklungsländern wird all dies selbst im Falle der Umsetzung wenig nützen. Zum einen müssen sie, wie auch die OECD-Mitgliedsländer, mit den verschiedenen Finanzplätzen bilaterale Abkommen zum steuerlichen Informationsaustausch abschließen. Es ist fraglich, ob die Steueroasen dem bei weniger einflussreichen Staaten zustimmen werden. Schwerer wiegt, dass der Zugang zu steuerlichen Informationen auf Einzelanfrage hin schon die Steuerbehörden in Industrieländern überfordert. Dieser Zugang mag helfen, um einzelne Steuerstrafsachen aufzuklären. Den weitläufigen Sumpf der Steuerflucht mit weitverzweigten Firmen- und Kontennetzen in 70 Steueroasen und den großen Finanzplätzen wird es kaum trockenlegen. Für Entwicklungsländer ist hier schon aus Gründen des Aufwands eher wenig zu erwarten. Für Schwellen- und Transformationsländer könnte der Zugang jedoch interessanter sein. So haben sich die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G20, darunter auch die Schwellenländer Argentinien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Mexiko, Türkei und Südafrika, selbst zur Übernahme des OECD-Musterabkommens für steuerlichen Informationsaustausch eingesetzt. Dies ist auch deshalb interessant, weil in der G20 – anders als in der EU und der OECD – keine klassischen Steueroasen Mitglied sind.

Während sich Weltbank und IWF bisher nicht nennenswert gegen Steuerflucht und Steuerwettbewerb engagiert haben, gibt es innerhalb der UN interessante Entwicklungen. Schon vor und während der Monterrey-Konferenz zu „Financing for Development“ im März 2002 in Mexiko wurde das Thema Steuerflucht und Steuerwettbewerb diskutiert (Zedillo-Report 2002, in schwächeren Formulierungen im Monterrey Consensus 2002). In Bezug auf

⁶ In der Schweiz will eine Koalition von vor allem entwicklungspolitischen Organisationen genau das ändern. Sie fordern das Ende des Schweizer Bankgeheimnisses: www.evb.ch und www.swisscoalition.ch

Steuern war das konkreteste Ergebnis, dass eine UN-Expertengruppe zu Steuern von einem gelegentlich tagenden Gremium zu einer regelmäßigen Arbeitsgruppe aufgewertet wurde („Committee of Experts on International Cooperation in Tax Matters“)⁷. Allerdings sind die Diskussionsergebnisse dieser Gruppe von Experten nicht Teil des formellen Regierungsverhandlungsprozesses bei der UN.

Aktuell haben die Präsidenten von Brasilien, Chile, Frankreich und Spanien im Vorfeld der UN-Konferenz zum Stand der Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele im September 2005 einen Bericht zur technischen Machbarkeit innovativer Finanzinstrumente für Entwicklung vorgelegt. Dieser Bericht ist ebenso Bestandteil des UN-Nachfolgeprozesses der Konferenz „Financing for Development“.

Die Quadripartite group (2004) stellt fest: „Tax evasion is a phenomenon of great magnitude that impairs fiscal revenues of governments and is especially detrimental to the domestic efforts to increase tax revenue in developing countries. Yet rebuilding these countries' tax bases is essential to their efforts to finance their fight against poverty, improve social expenditure, support economic development activities and increase productivity levels. ... The amount that annually escapes from countries' tax bases exceeds by far the resources needed to finance the Millennium Development Goals“. Bei der Konferenz „World leaders for the action against hunger and poverty“, die auf Initiative Brasiliens am 20. September 2004 in New York stattfand, wurde eine Erklärung verabschiedet, in der 111 Staaten erklären, die Ergebnisse dieses Berichtes ernsthaft zu prüfen.

Mit diesen Entwicklungen ist die UN zu einem wichtigen Ort für die Auseinandersetzung um Steuerflucht und Steuerkonkurrenz geworden. Die UN sollte in diesen Fragen schon deshalb eine stärkere Rolle bekommen, weil hier die Interessen der Entwicklungsländer stärker Gehör finden können. Allerdings sind in absehbarer Zeit keine bindenden Vereinbarungen zu erwarten. Daher bleibt der Druck von Seiten der OECD, EU und der G20 weiterhin wichtig.

Perspektiven für eine Welt ohne Steueroasen und üblen Steuerwettbewerb

Bei aller Unerfreulichkeit des Themas gibt es doch eine gute Nachricht: Bei kaum einem entwicklungspolitischen Thema, das die Strukturen des Weltwirtschaftssystems betrifft, sind die grundlegenden Interessen zwischen Entwicklungs- und Industrieländern sich so ähnlich. Eigentlich sollte dies eine gute Basis sein, um politisch zumindest mittelfristig etwas bewegen

⁷ resolution 2004/69 of 11 November 2004 (see doc. E/2004/L.60), the Economic and Social Council

zu können.

In den Industrieländern steht nicht weniger auf dem Spiel als der seit dem 2. Weltkrieg gewachsene Klassenkompromiss. Besteuerung wird hier mit der andauernden Drohung der Kapitalverlagerung beantwortet. In kleinen offenen Ländern – wie den meisten skandinavischen – werden Kapitaleinkommen inzwischen niedriger besteuert als Einkünfte aus Arbeit. Auch die Besteuerung hoher Arbeitseinkünfte steht unter Globalisierungsdruck. Damit wird es unmöglich die GewinnerInnen der Globalisierung angemessen zu besteuern und die VerliererInnen, vorwiegend geringer qualifizierte ArbeitnehmerInnen zu entschädigen. Der Ausbreitung privaten Reichtums entspricht die Ausbreitung öffentlicher und privater Armut. Diese Entwicklung enthält enormen politischen Sprengstoff und Gefahren. Eine Zunahme von Rechtsextremismus und nationaler Abschottung ist genauso möglich, wie eine produktive Wendung zur Internationalisierung sozialer Rechte und Regulierungen.

In den Entwicklungsländern steht ebenfalls viel auf dem Spiel. Es geht mit öffentlichen Einnahmen und einer korruptionsarmen Verwaltung nicht nur um wichtige Voraussetzungen für Entwicklung. Es geht mit dem stärkeren Zugriff auf eigene Steuereinnahmen auch um eine stärkere politische und ökonomische Unabhängigkeit von häufig all zu eigennützig handelnden Geld- und Kapitalgebern, wie IWF, Weltbank und auch vielen staatlichen Geldgebern.

Angesichts der hohen politischen Brisanz des Themas und der mächtigen Günstlinge der Steuerflucht und des üblen Steuerwettbewerbs besteht die große Gefahr „symbolischer Politik“. Die viel zu kurz greifenden Maßnahmen von OECD und EU sind hierfür ein gutes Beispiel. Statt wirksame Maßnahmen zu beschließen, wird mittels unwirksamer Maßnahmen für eine (Politiker)Zeit die Öffentlichkeit beruhigt. Deshalb gilt es die Maßstäbe für die notwendigen Gegenmaßnahmen sachgerecht anzulegen. Das bedeutet mindestens:

- Es genügt nicht Steuerflucht bei einzelnen Einkommensarten in den Blick zu nehmen (Bsp. EU-Zinsrichtlinie). Da Kapitaleinkommen leicht verschiedene Formen annehmen können, gilt es die ganze Bandbreite der Steuerflucht und des Steuerwettbewerbs in den Blick zu nehmen. Insbesondere darf nicht, wie bei den Maßnahmen der EU, der „reguläre“ Steuerwettbewerb im Unternehmensbereiche ausgeklammert werden.
- Maßnahmen müssen alle Finanzplätze einbeziehen und dürfen nicht auf die so genannten Steueroasen beschränkt werden. In ihrer schädlichen steuerlichen Wirkung unterscheiden sich vom Prinzip die Kaiman Inseln, Luxemburg und die Schweiz nur

wenig von New York, London oder Frankfurt. Die Oasenangebote in den vorgeblich ordentlichen Finanzplätzen der Welt dürfen nicht wie im Rahmen der OECD-Initiative tabuisiert werden. Das gesamte internationale Finanzsystem ist in den Blick zu nehmen.

- Schließlich muss der Fluss steuerlicher und unternehmensbezogener Informationen automatisch und unkompliziert erfolgen. Ein Informationsaustausch auf Ersuchen, wie ihn die OECD vorsieht, ist in der Praxis zu aufwändig. Es ist daher „window dressing“ statt Problemlösung.

Wie könnte eine Lösung aussehen, die diesen Anforderungen entspricht?

Um die Steuerflucht privater Vermögenger zu stoppen, braucht es Transparenz durch den automatischen Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden in den Heimatländern der GeldanlegerInnen und den internationalen Finanzplätzen. Dieser Austausch muss automatisch erfolgen, um für den Fiskus praktikabel zu sein. Übermittelt werden müssen dabei alle Arten von Kapitaleinkünften, inklusive den Erträgen durch die Beteiligung an Unternehmen im Ausland.

Im Bereich der Steuervermeidung von Unternehmen gibt es zwei verschiedene Lösungsansätze:

- Die konsequente grenzüberschreitende Anwendung des Wohnsitzprinzips⁸
- Die internationale Harmonisierung der Bemessungsgrundlagen (z.B. durch eine einheitsmäßige Besteuerung – unitary taxation) gemeinsam mit einer Einführung von Mindeststeuersätzen (Quellenprinzip).

Die Harmonisierung der Bemessungsgrundlage ohne eine Annäherung der Steuersätze ist dagegen gerade für Entwicklungsländer keine Lösung. Der Wettbewerb um die Steuersätze würde mit gesteigerter Härte weitergehen. Es ist zu erwarten, dass die meisten Entwicklungsländer angesichts des scharfen Wettbewerbs um Investitionen weiterhin auf eine Besteuerung von Gewinnen verzichten würden. Deshalb sind Mindeststeuersätze, etwa gestaffelt nach der Wirtschaftsleistung pro Kopf.

Aus entwicklungspolitischer Sicht ist die einfache Umsetzung in der Steuerverwaltung besonders wichtig. Hier weißt das Modell der Unitary Taxation Vorzüge auf (siehe hierzu auch den Beitrag von Nicola Liebert).

Solange eine internationale Lösung des Problems nicht in greifbarer Nähe ist, bieten sich für Entwicklungsländer im Bereich der Unternehmenssteuern bei den großen Fischen schärfere

⁸ Die Erklärung des Wohnsitzprinzips findet sich in jedem finanzwissenschaftlichen Lehrbuch oder auch bei Giegold (2003).

Kontrollen an. Im Bereich der Steuerflucht durch vermögende Privatpersonen wären Kapitalverkehrskontrollen ein interessantes Mittel, das auch gegen Finanzkrisen vorbeugend wirken könnte.

Klar ist, dass die Summe dieser Maßnahmen das Geschäft der klassischen Steueroasen, darunter zahlreiche Inselstaaten, stark einschränken würde. Sie sind als Finanzplätze nur attraktiv, weil sie bei der Umgehung von Regeln dienlich sind. Einige von ihnen sind arme Entwicklungsländer. Sie benötigen internationale Konversionshilfe.

Internationale Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steuervermeidung schränken die nationale Eigenständigkeit der Politik. Gerade gegenüber neuen internationalen Strukturen gibt es in Entwicklungsländern und deren Zivilgesellschaft starke Vorbehalte. Das ist verständlich, wenn man in Betracht zieht, wie oft von internationalen Organisation wie IWF und Weltbank die Interessen der Bevölkerung in den Entwicklungsländern missachtet wurden. Im Bereich der Besteuerung von Kapitaleinkommen bedeutet internationale Kooperation jedoch faktisch keine Einschränkung staatlicher Souveränität. Die Spielräume der Nationalstaaten sind bereits so weit eingeschränkt, dass verstärkte internationale Kooperation in der Summe die Handlungsmöglichkeiten erhöht statt zu senken. Bei der Bildung neuer internationaler Institutionen, wie etwa der von Oxfam (2000) geforderte Internationale Steuerorganisation, müssen aber die Interessen der Entwicklungsländer berücksichtigt werden.

Der ideale Ort für die Regelung internationaler Fragen ist die UN. Da aber in ihr auch diverse Steueroasenländer vertreten sind, scheint es unwahrscheinlich, dass innerhalb des derzeitigen UN-Systems wirksame Maßnahmen beschlossen werden. Daher sollte die UN im Rahmen der Bemühungen um Entwicklungsfinanzierung Steuerfragen viel stärker aufgreifen als bisher. Für den Beschluss konkreter Maßnahmen braucht es jedoch andere Orte. Das gleiche Problem existiert auch innerhalb der EU und der OECD. Auch hier haben Luxemburg und die Schweiz, gemeinsam mit einigen weiteren Nutznießern des Bankgeheimnisses, bislang maßgeblich dazu beigetragen, dass wirksame Maßnahmen beschlossen wurden. Daher scheint es an der Zeit, dass sich die geschädigten Länder zusammenschließen und plurilaterale Maßnahmen gegen Steuerflucht und üblen Steuerwettbewerb koordinieren.

Die Verantwortung der deutschen Bundesregierung liegt dabei darin, entschlossen zu diesem Prozess beizutragen. Wenn ein soziales Steuersystem in Zukunft möglich sein soll, so braucht es eine entschlossene fiskalische Außenpolitik, die darauf zielt dem internationalen Steuerdumping ein Ende zu bereiten.

Dabei darf man sich keine Illusionen machen. Bei den wirtschaftsliberal orientierten Parteien

und Interessensgruppen bis in die Sozialdemokratie hinein, gibt es eine klammheimliche Freude über die steuerlichen Sachzwänge. Der „Reform“druck auf den Sozialstaat wird von großen Teilen der Elite in den Industrieländern gewollt. Anders ist es kaum verständlich, warum es überhaupt zu einem internationalen Finanzsystem mit solch weitgehenden – durchaus absehbaren - fiskalischen Folgen kommen konnte und warum bislang keine wirksamen Gegenmaßnahmen beschlossen wurden. Allerdings ist die politische Elite keineswegs einig. In Wirtschaft, Verwaltung und Politik gibt es wichtige Kräfte, die das Prinzip der Sozialstaatlichkeit und seiner solidarischen Finanzierung durchaus erhalten wollen. Allerdings werden sie nur unter starkem öffentlichen Druck eine Chance haben sich mittelfristig wieder gegen den wirtschaftliberalen Mainstream durchzusetzen.

Dabei ist das Steuerthema auf den ersten Blick kein klassisches Mobilisierungsthema. Viele Fragen sind technisch und kompliziert. Die meisten BürgerInnen verfügen nicht einmal über ein Grundwissen. Außerdem zahlt niemand gerne Steuern. Allerdings ändern sich die Zeiten. Beim Vodafone-Skandal und den milliardenschweren Steuergeschenken für Konzerne im Zuge der Steuerreform 2000 wurde deutlich, dass die Sensibilität für Steuerungerechtigkeiten stark gestiegen ist. Die Aufgabe der globalisierungskritischen Bewegung ist es Steuerfragen von einem Expertenthema zu einem Thema mit Personen (Steuerflüchtlingen), Marken (besonders dreister Unternehmen) und Verlierern (Privatisierungen, Kürzungen, usw) zu machen. Besonders im Zusammenhang mit der Diskussion um Unternehmensverantwortung muss das Steuerthema auf die Tagesordnung. Unternehmen dürfen nicht mehr behaupten können, sich um Unternehmensverantwortung zu bemühen, ohne Transparenz über ihre Steuerzahlungen herzustellen. Sicher darf man nicht erwarten, dass Druck auf die Unternehmen schärfere Gesetze ersetzen könnte. Aber der Druck auf die Unternehmen kann Interesse am Thema wecken und erleichtern, gesetzliche Maßnahmen durchsetzbar zu machen.

Eine besondere Chance ist in diesem Zusammenhang die für September 2005 geplante UN-Konferenz zu den Millennium-Development-Goals. Die Schäden der Steuerflucht in Entwicklungsländern sind ein wichtiges Argument in der Auseinandersetzung um die Regulierung des internationalen Finanzsystems.

Das internationale Netzwerk Steuergerechtigkeit (www.taxjustice.net) führt daher eine international koordinierte Kampagne durch, um das Thema Steuerflucht und Steuerkonkurrenz prominent auf der Tagesordnung der Konferenz zu verankern.

Kästen

Kasten 1:

Freie Produktionszonen/Sonderwirtschaftszonen

Über 3000 so genannte Sonderwirtschaftszonen bieten sich vor allem in Schwellen- und Transformationsländern multinationalen Unternehmen als Produktionsstandorte an (ICFTU 2003). Hier geht es nicht um reine Finanzinvestitionen, sondern um reale Produktion – Kleidung, Elektronikgeräte, Spielzeug, Schuhe, Autozulieferindustrie, usw.. Hier gibt es keine Ein- und Ausfuhrzölle. Oft sind soziale und ökologische Bestimmungen außer Kraft gesetzt oder eingeschränkt. Gewerkschaftliche Rechte, Arbeitsschutzbestimmungen und Umweltauflagen bei der Produktion sind bewusst niedrig gehalten, um Investoren anzulocken. Die Arbeitsbedingungen sind häufig unerträglich. Ein besonderes Schmankerl ist jedoch der Verzicht auf Gewinnbesteuerung oder zumindest lange »Steuerferien«. Auf diese Weise können Konzerne Arbeitskräfte und Infrastruktur des Gastlandes nutzen, müssen sich aber an deren Finanzierung nicht beteiligen. Sonderwirtschaftszonen sind die schärfste Form der Steuerkonkurrenz im Bereich von produktiven Investitionen.

Kasten 2:

Steuertricksereien von Unternehmen in Entwicklungsländern

Eine schöne Zusammenstellung von Steuertricksereien transnationaler Unternehmen macht Liebert (2004) in ihrer Studie für WEED. Hier ein Auszug:

„**Nigeria.** Die US-amerikanische Ölfirma Halliburton soll mit Hilfe von Schmiergeldern versucht haben, die Zahlung seiner Steuerschulden in Nigeria zu umgehen. 5 Mio. US\$ Steuern soll der Konzern, dessen früherer Chef der US-Vizepräsident Dick Cheney war, im Jahr 2003 in Nigeria hinterzogen haben. Dies war ans Licht gekommen, weil das Unternehmen die gar nicht gezahlten Steuern trotzdem in den USA bei den dortigen Finanzbehörden als steuermindernd geltend machen wollte (All Africa, 28.5.2003, Alexander's Gas & Oil Connections 13.6.2003).

Vietnam. In Vietnam haben die Steuerbehörden jüngst Transferpreise zu untersuchen begonnen. Der Regierung war aufgefallen, dass zwei Drittel aller multinationalen Konzerne

noch viele Jahre, nachdem sie in Vietnam investierten, Verluste meldeten. Doch trotz der Verluste seien dieselben Konzerne finanzkräftig genug gewesen, um ihre Investitionen aufzustocken. »Wir haben gute Gründe zu der Annahme, dass zumindest einige von ihnen die Transferpreismethode genutzt haben, um Steuern zu hinterziehen«, sagte der Leiter der für ausländische Investoren zuständigen Steuerbehörde in Ho-Chi-Minh-Stadt, Phan Hien Minh (Saigon Times, 21.8.2003). Ein neues Gesetz, das die Abgleichung firmeninterner Verrechnungspreise mit Marktpreisen vorsieht, ist 2004 in Kraft getreten.

China. Chinesische Statistiken belegen, dass ausgerechnet die winzigen Virgin Islands eines der wichtigsten Herkunftsländer von Direktinvestitionen in China zu sein scheinen. Dahinter steht eine massive Kapitalflucht aus Hongkong und auch von den neuen superreichen Unternehmern in China. Diese legen ihr Kapital in Steuerparadiesen an und reinvestieren von da aus in China. Mit Hilfe von Transferpreisen wird dann der erzielte Gewinn wieder in die Steueroase verschoben – den chinesischen Steuerbehörden werden anhaltende Verluste gemeldet (Tax Justice Network, Newsletter, Sept. 2003)“.

Kasten 3:

Wie die PT die Wahlen in Rio Grande do Sul verlor

Im brasilianischen Bundesstaat Rio Grande do Sul musste die Arbeiterpartei (PT), ein breites Linksbündnis, lernen, was passieren kann, wenn man die Interessen der Konzerne nicht bedient. Nach der Amtsübernahme im südlichsten brasilianischen Staat verweigerte die Regierung dem Ford-Konzern die von der Vorgängerregierung versprochenen großzügigen Subventionen zur Errichtung einer neuen Fabrik. »Immerhin Subventionen in Höhe von vier Mrd. Reais (der Real lag während des Vertragsabschlusses bei 1,50 DM, seit Anfang 1999 bei 0,90 DM), darunter ein Darlehen von 220 Millionen Reais, fünf Jahre rückerstattungsfrei, zu einem Drittel der marktüblichen Zinsen und ohne Inflationsanpassung (je nach Inflationsrate braucht Ford deshalb nur einen Bruchteil zurückzuzahlen). Hinzu kamen vierspurige Zufahrtsstraßen, Telefon-, Strom-, Gas- und Wasserleitungen und der Bau eines neuen Hochseehafens (exklusiv für Ford), Gesamtkosten 230 Millionen Reais. Bis zu 100.000 neue Stellen würden so geschaffen, begründete die vorherige Regierung diesen Deal. Dabei beschäftigt nicht einmal die gesamte Fahrzeugbranche Brasiliens so viele Menschen – und Ford garantierte auch gerade einmal 1.500 Jobs« (Missbach 2000). Nach der Streichung der Subventionen ging Ford freilich woandershin, in den liberal-konservativ regierten Bundesstaat Bahia. Im folgenden Wahlkampf wurde das Thema zum zentralen Punkt der Auseinandersetzung. Danach regierten im Bundesstaat Rio Grande do Sul wieder die Konservativen.

Kasten 4:

Fallbeispiel Ekuador

Die Suche nach vorteilhaften Steuersätzen durch vermögende Privatpersonen und die Unfähigkeit vieler Länder, den Kapitalverkehr zu kontrollieren, kann verheerende Folgen haben, wie das Beispiel Ekuador zeigt. Von der Mitte bis zum Ende der 1990er Jahre leitete das Land neoliberale Reformen ein. Diese umfassten die Dollarisierung der Wirtschaft und die Förderung des freien Kapitalverkehrs. Das Ergebnis war massive Kapital- und Steuerflucht. Vier von fünf ekuadorianischen Banken machten zwischen 1998 und 1999 Pleite. Ein Betrag in Höhe von 15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ging nach Angaben der Ekuadorianischen Zentralbank an ausländische Bankeinlagen und Kredite verloren. Ähnliches passierte in vielen anderen Entwicklungsländern.

Steueroasenbanken bieten einen schnellen und einfachen Zugang zu den entwickelten

Ökonomien des Nordens. Das zeigt, wie eng die Wirtschaftssysteme der Entwicklungsländer mit den Bank- und Finanzsystemen des entwickelten Nordens verzahnt sind. Der Preis für das »bail out« der Ekuadorianischen Banken wurde aus dem Sozialetat aufgebracht. Er fiel 1999 von 36 Prozent auf 29 Prozent des Staatshaushaltes, während die Schuldendienstquote für Auslandsschulden auf fast 50 Prozent des Haushalts anstieg. Die Zahl der Menschen unter der Armutsgrenze – mit einem Tageseinkommen von weniger als zwei US-\$ – hat sich dagegen nach Angaben der Zentralbank von 1995 bis 1999 fast verdoppelt. (Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung 2003, S. 10; Übersetzung durch den Autor)

Literatur:

Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke (2002): International tax competition and tax evasion and developing countries, Rede von Bruno Gurtner während der Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung »Money Laundering and Tax Havens – The Hidden Billions for Development«, 8./9.7.2002 in New York.

Departamento del Tesoro de los Estados Unidos de America en Nicaragua (2004): Estudio de brecha fiscal proveniente de la practica de ‚precios de transferencia‘ para el caso de Nicaragua, von Jesús Enrique Giraldo Botero.

Erklärung von Bern (2004): http://www.evb.ch/index.cfm?folder_id=383

Friedrich-Ebert-Stiftung (2003): Money Laundering and Tax Havens – The Hidden Billions for Development, Bericht von der gleichnamigen Konferenz am 8./9.7.2002 in New York.

Sven Giegold (2004): Symbolische Politik: die multilaterale Regulierung der Steuerflucht, WSI-Mitteilungen 12/2004

Sven Giegold (2003): Steueroasen trockenlegen – Die verborgenen Billionen für Entwicklung und soziale Gerechtigkeit heranziehen, Attac Basis-Text, vsa-Verlag: Hamburg.

Internationaler Währungsfonds (2003): Offshore Financial Center Program – A Progress Report, März 2003.

Eva Joly (2003): Im Auge des Zyklons, Riemann.

Arun Kumar (2004): Präsentation “Macro aspects of the black economy in developing countries – a case study of India”, Weltsozialforum 2004 in Mumbai.

KPMG (2004): KPMG’s corporate tax rate survey – 2004.

Nicola Liebert (2004): Globalisierung, Steuervermeidung und Steuersenkungswettlauf - Die zunehmende Umverteilung von unten nach oben, WEED-Publikation: Berlin.

McKinsey & Company (2003): New Horizons- Multinational Company Investment in Developing Economies.

Andreas Missbach (2000): Die Intrigen des Präsidenten, in: Freitag 17, 21. April 2000, <http://www.freitag.de/2000/17/00170601.htm>

Monterrey Consensus: Monterrey Consensus of the International Conference on Financing for Development, A/CONF.198/11, <http://www.un.org/esa/ffd/aconf198-11.pdf>

Oxfam International (2000): Tax Havens - Releasing the hidden billions for poverty eradication. Briefing Paper. Kurzstudie zu den Auswirkungen von Steuerkonkurrenz und Steueroasen auf Entwicklungsländer.

Quadripartite group „Technical Group on innovative financing mechanisms” (2004): Report, September 2004, <http://www.france.diplomatie.fr/actual/pdf/Reportfieng.pdf>.

Manuel Riesco (2003): Pay Your Taxes! Corporate Social Responsibility and the Mining Industry in Chile, United Nations Research Institute for Social Development, Genf, (http://cep.cl/UNRISD/UNRISD_CSR/Mining_CSR_Chile.doc).

UNDP (1997): Human Development Report 1997.

Zedillo-Report (2002): Report of the high level panel on financing for development, A/55/1000, http://www.un.org/reports/financing/report_full.htm

Webseiten

<http://www.taxjustice.net> - Netzwerk Steuergerechtigkeit (international)

<http://www.attac.de/steuerflucht> (D)

<http://visar.csustan.edu/aaba/aaba.htm> - AABA (UK)

[http:// www.ctj.org](http://www.ctj.org) - Citizen for Tax Justice (US)

<http://www.oecd.org/taxation> - OECD (Int)

Mailinglisten

- Steuerflucht-Informationsdienst von Attac Deutschland und offene Diskussionsliste der Attac-AG Steuerflucht & Steuerpolitik, beide abonnierbar über: <http://www.attac.de/maillinglisten>
- Informationsliste des internationalen Netzwerks Steuergerechtigkeit; Abonnierbar über: <http://www.taxjustice.net>

Grafik 1:

0100090000037800000002001c00000000000400000003010800050000000b0200000000050
000000c025707cb0c040000002e0118001c000000fb021000070000000000bc0200000000010
2022253797374656d0007cb0c000079b50000c85311007083823980531a000c0200000400000
02d0100001c000000fb029cff0000000000009001000000000440001254696d6573204e65772
0526f6d616e00000000000000000000000000000000040000002d010100040000000201010
0050000000902000000020d000000320a5a0000000100040000000000cb0c5307209b2d00040
000002d010000030000000000

Quelle: KPMG (2004)

Angaben zur Person:

Sven Giegold M.Soc.Sc. (Economic Development and Policy) (University of Birmingham)

Arbeitsschwerpunkte: Steuerflucht und ihre Bekämpfung, Entwicklungsökonomie

Sprecher Attac AG Steuerflucht und Steuerpolitik

Chair des International Steering Committee des Tax Justice Network

Share e.V.

Artilleriestr. 6

27283 Verden/Aller

Tel. 0033-672162245

E-mail: giegold@attac.de

Internet: <http://www.sven-giegold.de>